

Sehr geehrte Damen und Herren der Brühler Öffentlichkeit  
Sehr geehrte Damen und Herren von den Medien  
Sehr geehrte Damen und Herren Ratsmitglieder  
Sehr geehrte Damen und Herren Beigeordnete  
Sehr geehrter Herr Bürgermeister

Was stimmt hier nicht?

Richtig, die Reihenfolge ist ungewohnt.

Wir erleben heute eine Neusortierung der Bedeutung politischer Akteure. In virtuellen Teilöffentlichkeiten entstehen jeweils eigene Wirklichkeitskonstruktionen. Befeuert von Beiträgen, die zu mehr als einem Fünftel von Maschinen hergestellt werden. Diese Beiträge sind auf die jeweiligen emotionalen Bedürfnisse der Teilnehmer optimiert und beruhen auf der Analyse ihres Verhaltens im Internet anhand von nur fünf Psychodimensionen. Wenn auch nur einiges davon stimmt, dann hat Donald Trump den US-Präsidentenwahlkampf mit dieser Methode zumindest mit beeinflusst und bekam dabei Hilfe von Putin, der mit gezielten Roboterbeiträgen Hillary Clinton bei ihrer Anhängerschaft diskreditierte.

Dass diese Methoden angewandt werden, steht nicht in Frage, bestenfalls wird diskutiert, wie wirksam sie sind. Wichtiger als die Wahrheit selbst wird das für wahr Gehaltene. Da wird Renate Künast in einem gefälschten Facebookeintrag zum jüngsten Freiburger Mord eine Aussage untergeschoben, wonach sie um Verständnis für den Mörder wirbt, weil er doch ein Flüchtling sei. Wie gesagt, diese Aussage hat Künast nicht gemacht, sondern dies wird gezielt eingesetzt, um in diesem Fall Anhänger von Künast oder den Grünen in ihrer Anhängerschaft zu verunsichern.

Wie nah das Ganze ist, habe ich mit dem von mir als Vorsitzendem der GRÜNEN LVR-Fraktion betreuten Facebook-Account erlebt. Im Sommer wurde das Logo der Seite kopiert und mit einem ebenfalls gefälschten Foto eines angeblichen Grünen Mitglieds Tobias Weihrauch ergänzt. Mit diesem Fake-Account ist dann gezielt an GRÜNE Mitglieder mit einer Freundschaftsanfrage herangetreten worden. Nachdem eine ausreichende Zahl beisammen war, um den Account zu plausibilisieren, hat dann der angeblich Grüne Tobias Weihrauch auf dem Fake-Account einen Post veröffentlicht, in dem er seiner Hoffnung Ausdruck gibt, dass ganz viele Syrische Flüchtlinge nach Deutschland kommen, um hier die Politik zu beeinflussen. Kaum war der Post draußen, ist er in AfD-nahen Internetblasen bundesweit geteilt worden und ein Shitstorm mit Hasskommentaren auf unsere Seite erzeugt worden. Ich war mehrere Wochen damit beschäftigt, in Zweistundenabständen die Kommentare zu löschen.

Es steht also zu befürchten, dass wir in der nächsten Zeit im Internet eine absolute Verrohung der Sitten und politischen Auseinandersetzungen erleben werden. Dabei wird vermehrt die eigene und in der eigenen Wahrnehmungsblase bestätigte Sicht der Wirklichkeit über die Wahrheit gestellt.

In demokratischen Strukturen bestimmen die Bürgerinnen und Bürger in Wahlen ihre politischen Vertretungen. Diese Volksvertreter werden per Amtseid aufs Gemeinwohl und damit auf den Schutz von Menschen- und Minderheitenrechten verpflichtet. Sie entscheiden nach intensiver und gründlicher Abwägung über die anstehenden Sachverhalte: „Halte Rat vor der Tat“ so die Mahnung über der Pforte des Brühler Rathauses. Das tun wir hier im Rat und brauchen für manche Entscheidungen lange, mitunter auch Jahre.

In den beschriebenen künftigen populistischen Strukturen zählt das Gemeinwohl nicht mehr. Es zählt der Eigennutz: Mobbingopfer sind doch selbst Schuld, wenn ich noch so gerade über die gelbrote Ampel passe, fahre ich auch, wenn der McDonaldsabfall jedes Autobahnkreuz zumüllt, stört das keinen, im Zweifel heißt es: ich zahle ja Steuern, da kann ich erwarten, dass hinter mir hergeräumt wird.

Das Prinzip gilt auch bei Wichtigerem.

Über eine selbstmandatierte virtuelle Brühler Bürgermehrheit wurde gegen alle Vernunft eine Kampagne gegen den Neubau des Rathausanbaus gefahren, der nach überwiegender Auffassung und jahrelanger Abwägung der Ratsmitglieder für das Brühler Gemeinwohl die beste Lösung ist. Ich wüsste nicht, welche Einzelinteressen einzelne Ratsmitglieder gehabt haben könnten, für den Neubau zu stimmen. Alle - übrigens auch die, die dagegen gestimmt haben - fühlen sich dem Gemeinwohl verpflichtet. Also der alten und überkommenen demokratischen Logik.

Auf der anderen Seite sind die Einzelinteressen aber sofort erkennbar. Der Einzelhandel in der Innenstadt will keine größere Baustelle. Das ist in Ordnung, aber das ist eben auch kein Allgemeininteresse. Was in den Verlautbarungsorganen des Einzelhandels - ob gedruckt oder im Internet - geschrieben wird, ist nicht dem Bemühen um Objektivität verpflichtet, wie beim als Lügenpresse denunzierten Qualitätsjournalismus, sondern nur noch den Interessen von Herausgebern und Anzeigenkunden. Dann dürfen Argumente gebogen werden, dann hat ein einzelner Experte Recht und ein mit hervorragenden Referenzen ausgestattetes Beraterbüro Unrecht, das die Wirtschaftlichkeit eines Neubaus des Rathauses nachgewiesen hat. Dann muss man sich am Infostand mit so profunden Positionen auseinandersetzen, dass auch privat das Haus und das Auto vom Ersparnen bezahlt worden sei und eine Kreditaufnahme der Stadt auf jeden Fall die Überschuldung erhöht.

Apropos Interessen des Einzelhandels. Mir leuchtet nicht ein, warum die WEPAG bis heute nicht in der Lage ist, einen gemeinsamen internetbasierten Bestelldienst und einen auf Elektromobilität nach Vorbild der Aachener Post oder Pedelecgestützter Lastenräder ruhenden Lieferdienst aufzubauen. Das wäre ja was, das wir vollen Herzens und mit Engagement unterstützen würden, aber stattdessen wird gegen eine Baustelle mobilisiert, weil sie Kunden verschreckt. Da stimmen doch die Maßstäbe nicht mehr, denn dem Einzelhandel gehen über das Internet viel mehr Kunden verloren als über eine zeitlich überschaubare Baustelle.

Aber noch einmal kurz die Gründe für den Neubau des Anbaus des historischen Rathauses:

Wie jedes Gebäude muss auch der 60er Jahre Anbau des historischen Rathauses technisch auf Stand gehalten werden, wenn man ihn über längere Zeiten nutzen will. Mit der Zeit ändern sich die Ansprüche an ein Gebäude, insbesondere dann, wenn es öffentlichen Zwecken dienen soll. So muss ein Rathaus zwingend barrierefrei sein, es sollte den aktuellen Energiestandards genügen, es sollte für verschiedene Anlässe nutzbar sein und variable Grundrisse haben, die den künftig zu erwartenden Veränderungen der Arbeitswelt genügen. Es sollte so groß sein, dass angemietete Nutzungen an anderer Stelle aufgegeben werden können, das erhöht an sich schon die Wirtschaftlichkeit.

All das hat uns bewogen, für den Neubau einschließlich der Bücherei zu stimmen.

Das einzige was dagegen spräche, wäre, dass der Bau als solcher unter Denkmalschutz stünde. Dann müsste anders - und damit weniger wirtschaftlich - vorgegangen werden. Die Frage des Denkmalschutzes ist aber bereits vor Jahren abschlägig beantwortet worden.

Was in der öffentlichen Debatte eben auch gegen den Neubau eingewandt wurde, war, dass die Stadt sich das nicht leisten könne. Zum einen weil ein Neubau doch wohl teurer kommt als eine Sanierung und zum zweiten, weil die Stadt kurz vor dem Haushaltssicherungskonzept stehe, also - so die Engführung der von Teilen der Brühler Händlerschaft erzeugten virtuellen Teilöffentlichkeit - kurz davor steht, pleite zu machen.

Dass der Neubau günstiger kommt als die Renovierung des Altbaus hat mit unterschiedlichen Abschreibeziträumen zu tun, also mit der Frage, wieviel jährlich von den Zins- und Tilgungskosten aufgebracht werden muss und welche Einsparungen dagegen gehalten werden können.

Das ist eigentlich erst mit dem an die kaufmännische Buchhaltung angelehnten neuen kommunalen Finanzmanagement erklärbar. Den Neubau können wir über deutlich längere Zeiträume abschreiben als jeden renovierten Altbau. Schon das macht ihn günstiger.

Es sind also nicht die Gesamtkosten gegenüber zu stellen, sondern die Gesamtkosten je erwartetem Nutzungsjahr.

Es geht bei den Haushaltsberatungen insbesondere im Investitionsbereich nicht mehr allein um die Frage, wieviel Geld wofür aufgebracht werden darf oder nicht, sondern darum, wieviel Geld jährlich wofür aufgebracht werden darf oder nicht und in welchen Zeiträumen die Investitionsgüter verbraucht sein werden.

Damit tut sich aber nicht nur die Öffentlichkeit schwer, sondern auch Politik und Verwaltung, die mit den neuen Instrumenten der öffentlichen Vermögensrechnung noch nicht richtig umzugehen gelernt haben.

Das zeigt auch die Auseinandersetzung um die größeren Einnahmepositionen im Haushalt. Denn die Rede vom drohenden Haushaltssicherungskonzept beruht auf einer systematisch schlechten Einschätzung von zu erwartenden Haushaltseinnahmen. Allgemein wird der Bürgermeister und Kämmerer dafür gelobt, mit vorsichtigen Annahmen zu den zu erwartenden Einnahmen zu operieren. Dies wird dann zusammen mit der Warnung vor dem zu erwartenden Haushaltssicherungskonzept dazu benutzt, die Politik von allzu waghalsigen Ausgaben abzuhalten.

Mit dem Rechnungsabschluss können sich Bürgermeister und Kämmerer dann das nächste Lob abholen. Sie haben dann nicht nur im Haushaltsplan die Einnahmen vorsichtig geschätzt, sondern in der Haushaltsbewirtschaftung so effektiv gehandelt, dass sie einen deutlich besseren Jahresabschluss als erwartet erzielen. Das wird dann ihrer Sparsamkeit zugerechnet und nicht dem Umstand, dass Einnahmen zu niedrig und Ausgaben zu hoch eingeschätzt wurden.

Das wäre ja alles kein größeres Problem, wenn wir nicht zum einen den Grundsatz von Haushaltswahrheit und Klarheit hätten und zum anderen, die Populistenfraktion daraus Nektar ziehen und der Ratsmehrheit vorhalten würde, mit Geld nicht umgehen zu können und beispielsweise mit dem Rathausneubau Geld der Bürgerinnen und Bürger zu verschleudern, so dass noch Kind und Kindeskind dafür aufkommen müssten.

Solange also mit interessegeleiteten Teilöffentlichkeiten auf der Grundlage nicht wahrer Tatsachenbehauptungen operiert wird, ist das Instrument der Bürgerentscheide keines, das gut begründete und abgewogene Entscheidungen der dafür gewählten Volksvertreter ersetzen kann.

Der Stadt Brühl geht es finanziell nicht so schlecht, dass tatsächlich die Gefahr des Haushaltssicherungskonzeptes droht. Um die Aufmerksamkeit auf die hohe und über Jahre stabile Differenz zwischen den Haushaltsansätzen und den Haushaltsabschlüssen in diesen Positionen aufmerksam zu machen, haben wir Anträge gestellt, die Ansätze für Steuern und Abgaben - hier plus 1.000.000 Euro - und Sonstige Transfererträge - hier plus 61.000 € - realistischer zu veranschlagen.

Allein bei den Steuern und ähnlichen Abgaben sind die Differenzen wie folgt: 2011 gab es im Rechnungsabschluss Mehreinnahmen gegenüber den Ansatz von 4,7 Mio. €, 2012: 7,0 Mio. €, 2013: 6,6 Mio. €, 2014: 1,8 Mio. €, 2015: 2,48 Mio. €. Wir sind also mit unseren Antrag, die Position um 1 Mio. € zu erhöhen, in einer Größenordnung, die deutlich unter allen Jahresdifferenzen liegt. Nun ist im Hauptausschuss und im Rechnungsprüfungsausschuss durch den Bürgermeister und den Kämmerer auf die Unkalkulierbarkeit insbesondere der Gewerbesteuererinnahmen aufmerksam gemacht worden. Das mag ja sein, doch ist der Antrag, hier eine Million Euro mehr anzusetzen, vollständig innerhalb der Schwankungsbreite.

Wir haben in diesem Haushalt noch keine Unterstützung für diese Vorgehensweise gewinnen können. Wir geben dem Bürgermeister und dem Kämmerer einmal mehr einen Vertrauensvorschuss, mit diesen nicht eingeplanten Einnahmen so umzugehen, dass sie der Rücklage tatsächlich zugeführt und nicht für ungeplante Zwecke verausgabt werden.

Eingebaut wurden in den Haushalt bereits die angekündigten Senkungen der Kreisumlage 2017. Hier werden durch den Rhein-Erft-Kreis bereits den Brühler Anteil von 1,6 Mio. € an zu viel erhobener Kreisumlage zurückgegeben, die aufgrund des jetzt vorliegenden Jahresabschlusses 2014 zu viel eingenommen wurden. Statt eines prognostizierten Defizits von 8 Mio. Euro gibt es einen Überhang von 7 Mio. Euro. Auch der Kreis kalkuliert eben sehr vorsichtig und nicht sehr richtig.

Der Kreis wird zusätzlich zur niedrigeren Kreisumlage auch die zu viel eingenommen Mittel aus der Landschaftsumlage an die Kommunen zurückgeben. Der Landschaftsverband musste Rückstellungen bilden für den Fall, dass er Kostenträger für die Integrationshelfer würde, wozu die Stadt Köln ihn verklagt hatte. Bitter für

die Kommunen, denn gesetzlich sind sie zuständig und haben diese Leistungen auch bezahlt. Über die Kreis- und Landschaftsverbandsumlage zahlten sie also zweimal. Meine Fraktion in der Landschaftsversammlung hat hier beharrlich auf eine Lösung gedrängt, die nunmehr auch rechtsfest gefunden wurde. Der Betrag wird zurückgegeben und muss noch in den Einnahmen verbucht werden.

Auf mittlere Sicht wollen wir - darauf haben wir in den Ausschusssitzungen bereits verwiesen - gemäß dem Vorbild der Stadt Bonn größere Zeiträume in der Rückschau und der Vorschau sehen. Die Bonner gehen bei den Summendarstellungen fünf Jahre zurück und in der mittelfristigen Finanzplanung fünf Jahre in die Zukunft und stellen in der Rückschau die Haushaltsansätze, die Rechnungsabschlüsse und die Differenzen nebeneinander. In diesen Zeiträumen nivellieren sich einmalige Sondereffekte.

Zum Komplex Rathausneubau gehört auch der einzige Haushaltsantrag der SPD, der darauf zielt, zu prüfen, ob frei werdender Schulraum nicht auch durch die Stadtbücherei genutzt werden kann. Konkret gemeint wird durch die SPD das Sondergebäude der Clemens-August-Schule.

Seit einem Jahr warten wir nun schon auf die von uns angefragte Immobilienübersicht, die eine Immobilienbewirtschaftung auf der Grundlage von Tatsachen ermöglichen würde. Die nun vorgelegten Daten sind ein erster Anfang, erlauben aber noch keine Aussagen über Bündelung von Aufgaben und Optimierung der Angebote für die Nutzer.

Der isolierte SPD-Antrag macht so also keinen Sinn und ist jetzt eingebunden worden in eine allgemeinere Beauftragung, der Schulentwicklungsthematik noch einmal nachzugehen. Externe Erwartungen aus Köln und die für Brühl festzustellenden Entwicklungen legen eigentlich nahe, so auch der Antrag von Linken/Piraten, die Hauptschule auslaufen zu lassen und das Gebäude für die Oberstufe einer dann sechszügigen Gesamtschule zu nutzen. Hierzu braucht es aber die Bereitschaft der Schule, hier gilt es Gespräche zu führen und die weitere Entwicklung mit Engagement voran zu bringen.

Aufgrund des Landesprogramms Gute Schule 2020 können wir in den nächsten Jahren sowohl Wünsche der Schulen als auch den Antrag von CDU und GRÜNEN umsetzen, jeweils 100.000 € für schnelles Internet an den Schulen zu investieren. Wir brauchen einen schnellen Glasfaseranschluss und WLAN an den Schulen, um mit allgemein vorhandenen Endgeräten Zugang zu Lehrmitteln zu bieten, die im Netz angeboten werden. Hier wird die Entwicklung weitergehen. Hier müssen wir unseren Schülerinnen und Schülern den Weg in die künftigen Welten ebnen.

Nicht direkt haushaltswirksam, dafür aber von gezieltem Interesse einer Teilöffentlichkeit ist der Umgang mit der Trägerschaft der offenen Ganztagschulen. Aufgrund eines Antrags der SPD wurde der Bürgermeister beauftragt, die Träger der offenen Ganztagschule an Brühler Grundschulen nach folgenden Qualitätskriterien zu bewerten: Tarifliche Bezahlung und Eingruppierung aller Mitarbeiter/innen, Einsatz von pädagogischem Fachpersonal als OGS- oder Gruppenleitung, Gestaltung und Qualität des Angebots. Dieser Auftrag wurde durch umfangreiche Befragungen von Eltern, Lehrern und Trägern erfüllt. Das Ergebnis war, dass Lehrer und Eltern mit der Arbeit der Träger zufrieden sind und von einer neuen Ausschreibung der Leistungen abrieten. Bei laufenden Verträgen kann eine Veränderung der Konditionen nur in einem begrenzten Umfang erfolgen, der nun mit den Beschlüssen auch umgesetzt wird. Die Situation an der Franziskussschule ist insofern anders, als hier der Vertrag zum Schuljahrsende ausläuft und neu ausgeschrieben werden muss. Der aktuelle Träger der Angebote der OGS Franziskus ist auch in anderen Kommunen in der Lage seine Dienste anzubieten. Wir werden sehen, was die Ausschreibung an Ergebnissen bringt. Es ist sinnlos, dem Rat hier mit massiver Agitation der Eltern Druck zu machen, von einer Neuausschreibung abzusehen und freihändig an den bisherigen Träger zu vergeben. Das ist unzulässig und wird auch dadurch nicht hinnehmbar, dass hier Katholiken unterwegs sind. Umgekehrt: der Bischof selbst könnte seiner Vorzeigeeinrichtung unter die Arme greifen.

Jahrelang schlief das Parkraumbewirtschaftungskonzept in der Schublade des alten Schreibtischs des ehemaligen Planungsamtsleiters den Schlaf der Gerechten. Mit großem Aufwand hergestellt, konnten wir uns vor Jahren nicht über den Umgang mit den Interessen der Bewohnerinnen und Bewohner der Siedlung an der Maar verständigen. Schon damals sollten hier Parkscheibenregelungen greifen, die den Einpendlern den innenstadtnahen Tagsüberparkraum genommen hätten. Auch jetzt setzen wir die Parkscheibenregelung - Bewohner erhalten selbstverständlich einen Bewohnerparkausweis - aus, bis wir für die Einpendlerinnen und Einpendler akzeptable Lösungen auch im Bereich Brühl-Süd haben. Im Brühler Norden konnten wir die SPD nun

doch überreden, zuzustimmen, den Schotterplatz zwischen Finanzamt und Bahntrasse herzurichten und für einen kleineren Monatsbetrag an Einpendler zu vermieten. Die 300.000 € werden durch die Gebühren in wenigen Jahren wieder eingespielt.

Ausgesprochen dankbar bin ich unserem Koalitionspartner CDU, dass wir nach Abschluss der Bauarbeiten für den zweigleisigen Ausbau der Stadtbahnlinie 18 den jetzt bis Brühl-Mitte geltenden Takt bis Brühl-Schwadorf verlängern. Das bedeutet einen 10-Minuten-Takt tagsüber und für nachts, dass alle Spätbahnen nicht in Mitte sondern in Schwadorf enden. Zur Sicherung des Fahrbetriebs werden in der Finanzplanung ab 2018 jeweils 60.000 € mehr eingestellt. Mit dieser Maßnahme erweist sich die Stadt mit seiner Schwarz-Grünen Mehrheit einmal mehr als äußerst familienfreundlich. Wir bringen mit dem barrierefrei ausgebauten Stadtbuss alle Brühlerinnen und Brühler zur Stadtbahn, ob mit dem Kinderwagen, dem Rolli oder dem Falt-Rad.

Schön wäre es, wenn auch die Verbindung nach Bonn einen 10-Minuten-Takt bekäme. Hier wäre mittelfristig denkbar, die von Bonn kommenden Verstärkerfahrten der Linie 63 nicht nur nach Bornheim, sondern nach Schwadorf zu verlängern.

Auch die P&R- und B&R-Angebote an den Haltepunkten der Stadtbahn und am Bundesbahnhof müssen ausgebaut werden. Die Radstation am Bahnhof platzt aus allen Nähten und muss dringend erweitert werden. Weitere Angebote im Rahmen einer großen Mobilstation müssen dazu kommen. Gleiches gilt eigentlich auch für Brühl-Mitte. Mit dem angedachten Neubau des Schwesterwohnheims oder der Neuordnung des krankenhauseigenen Parkplatzes ist hier Entwicklungspotenzial denkbar.

Dass es beim Stadtbussystem noch Entwicklungspotenzial gibt, haben wir immer wieder betont. So ist es richtig, neben den Gutachterkosten für die Frage nach der Zukunft des Busbetreibers auch eine konzeptionelle Weiterentwicklung ins Auge zu fassen.

Die Frage nach dem Buskutscher wird aktuell auf Kreisebene intensiv diskutiert. Soll die RVK weiterhin Busbetreiber der Stadt- und der Regionalbusse bleiben, muss sie sich direktvergabefähig aufstellen. Das geht nur, wenn sie ausschließlich im Besitz öffentlicher Eigentümer ist, die mit der RVK ihren Busbetrieb durchführen und die auf die RVK einen beherrschenden Einfluss wie auf eine eigene Dienststelle ausüben. Dies geht nur, wenn die Eigentümer wiederum ein Behördenbündel bilden. Damit verbietet sich, dass Gesellschaften der Städte Köln und Bonn Teileigentümer der RVK bleiben, denn sie bedienen sich der RVK nicht selbst zum Busbetrieb, sondern nur zur Entnahme von Gewinnen. Damit ist darüber hinaus auch verbunden, dass sich die RVK nicht an Ausschreibeverfahren als Dienstleister für andere öffentliche Aufgabenträger beteiligen darf. Die öffentliche Ausschreibung der Partnersuche für die REVG ist richtig, die RVK kann sich hier beteiligen, wenn sie direktvergabefähig ist. Völlig untauglich ist der Versuch der SPD und der der RVK in besonderer Weise verbundenen Teile der CDU, mit dem Hinweis auf drohende Arbeitslosigkeit der Busfahrer Stimmung zu machen und entsprechendes Drohpotenzial aufzubauen. Wir werden sicher so ausschreiben, dass das bisher bei der RVK beschäftigte Personal bei einem eventuell neuen Partnerunternehmen der REVG weiter beschäftigt werden muss.

Eine besondere Schwierigkeit gibt es in der Tat mit den Stadtbuskommunen, die auf ihrem Gebiet selbst Aufgabenträger und damit auch Auftraggeber der Busleistungen sind. Hier kann ich mir tatsächlich nur die Kooperation mit der REVG vorstellen, über die dann auch die Busleistungen im Rahmen der Stadtbusverkehre zu organisieren wären.

Die konzeptionelle Weiterentwicklung des Brühler Stadtbusses ist eine weitere konkret anstehende Aufgabe. Das Brühler Stadtgebiet hat sich mit den Neubaugebieten verändert. Die demografische Entwicklung erfordert eine konsequente und durchgehende Barrierefreiheit im ÖPNV. Für den Stadtbuss könnte die Weiterentwicklung aus drei bis vier Elementen bestehen:

Ein Innenstadtshuttle vom Bundesbahnhof über die Synagoge in die Mühlenstraße. Entlang der Bleiche - mit Elektropoller in der Tiefgarageneinfahrt - nach Brühl-Mitte, dann weiter über Brühl-Nord zum Kaiserbahnhof und wieder zurück. Eine Haltestelle Bleiche wäre innenstadtnah, die beiden Bundesbahnhöfe würden in das Stadtbahn- und Stadtbussystem integriert.

Die zweite Idee: die Regionalbuslinie nach Erftstadt über die Wittelsbacher Straße und den Daberger Hang zu den Bundesakademien und dann weiter nach Erftstadt zu führen. Damit könnte eine Haltestelle Sportzentrum entstehen. Gegen den Schleichverkehr hilft auch hier ein Elektropoller.

Drittens könnten die Linien im Brühler Süden und Osten neu sortiert und möglicherweise um eine Linientaxi-Verbindung nach Schwadorf ergänzt werden.

Dass Brühl nach wie vor als Fahrradfreundlich akzeptiert wird, liegt einzig und allein an der Vorreiterrolle, die Brühl unter rot-grün zwischen 1994 und 1999 hatte. Die Maßnahmen aufgrund der damaligen Ideen sind inzwischen nicht mehr Stand-der-Technik und sind vor allem nicht vollständig umgesetzt worden. Dass SPD, FDP, Linke/Piraten und Bürgermeister im Hauptausschuss unseren Antrag auf 20.000 € für den Rad-Masterplan abgelehnt haben, zeigt, wie sehr sich die Zeiten geändert haben. Von der widerwilligen Zustimmung der SPD zu Grünem Mobilitäts-Schnickschnack von 94 bis 99, als dann die CDU mit ihrem Kampf gegen die Radstation Wahlkampf machte, bis heute, wo sich die SPD nicht entblödet mit der Begründung den Koalitionsantrag abzulehnen, dass wir ja bereits einen Mobilitätsbeauftragten eingestellt hätten. Der ist als Einzelkämpfer in der Verwaltung bereits mit der Behebung der offensichtlichen Disparitäten des Radverkehrs in Brühl gut ausgelastet. Also: Wir brauchen einen auf aktuellem Fachverstand beruhenden General-Rad-Plan und zur Umsetzung in der Verwaltung den Mobilitätsbeauftragten und einen Verkehrsingenieur. Die von uns für erforderlich gehaltene externe Besetzung der Stelle wird vom Bürgermeister jetzt schon über ein Jahr - wie soll ich sagen? - ausgesessen.

Überregional sind Radschnellwege eine aktuelle Entwicklung. Im Ruhrgebiet werden in den nächsten Jahren die Städte Duisburg und Hamm über einen 110 km langen weitgehend störungsfreien Radweg auf der ehemaligen Trasse der rheinischen Bahn errichtet.

Aktuell geplant wird ein von Frechen nach Köln verlaufender Radschnellweg. Wir wollen einen Radschnellweg zwischen Köln und Bonn über Brühl, möglichst als Ausbau des vorhandenen Bahnseitenweges.

Die aktuell größte Herausforderung im Verkehrsgeschehen geht aber vom Straßennetz aus. Der allmorgendliche Stau ist auch aus GRÜNER Sicht ein absolutes Ärgernis und trägt zur Verdrossenheit über die als unfähig qualifizierte Politikerkaste bei. Der Ärger ist nachvollziehbar und braucht dringend Antworten.

Insofern ist der Ruf nach einer weiteren Autobahnbrücke nachvollziehbar. Die Brücke ist als Verlängerung des Godorfer Zubringers durch die Rheinauen bis zur A 59 im Gespräch. Sie soll nicht nur reine Straßenbrücke sein, sondern auch dem Schienenverkehr dienen. Genaue und abgestimmte Vorstellungen, welche Schiene hier errichtet werden soll - also Güterbahn, DB, S-Bahn oder Stadtbahn - existieren bis jetzt genauso wenig wie die Bereitschaft der Umweltverbände oder der entsprechenden Standortinitiativen, den Bau kampflos zuzulassen. Es wird also dauern, bis die Brücke gebaut ist, nach meiner Schätzung mindestens 15 bis 20 Jahre, auch wenn die Metropolregion Rheinland und Köln, Bonn und Nachbarn hier Nachdruck entwickeln.

Was wir brauchen muss kurzfristiger wirken. Denn es wird noch schlimmer: der Kölner Frischemarkt ist in Marsdorf wohl endgültig gescheitert, diskutiert werden zwei Standorte in Brühl oder Hürth, beide östlich der DB und zwischen Eifeltor und Brühl-Nord. Erschwerend kommt noch hinzu das zwischen Stadt Köln und dem Investor bereits vereinbarte Neubaugebiet Rondorf Nord-West, ein neues Wohngebiet für 1.200 Wohneinheiten und 4.000 Bewohner, größer als das Neubaugebiet Widdersdorf.

Bevor wir überhaupt ansatzweise darüber nachdenken, ob wir uns das gefallen lassen können, so ganz ohne Beteiligung der Städte oder des Kreises, müssen wir vehement darauf bestehen, erst das zu machen, was geht.

Auch wenn die SPD-Landtagsabgeordneten van den Berg, D'Moch und Andres mit Verkehrsminister Groschek in Brühl-Nord am Autobahnende posieren und so tun, als wären die Verkehrsprobleme bald behoben, ist dem ja tatsächlich nicht so.

Wir müssen schnellstmöglich die Umfahrung von Meschenich als B 51 n auf die Reihe bringen. Dazu muss auch der Landesbetrieb bereit sein, einen ersten Bauabschnitt bis zur B 51 alt nördlich von Meschenich zu bauen, ohne genau zu wissen, wie es dann weiter geht. Eine neue Straße von der Brühler Landstraße entlang von

Hönningen bis zur Eifeltorauffahrt halte ich für Quatsch, gerade angesichts der anstehenden Zusatzbelastung für die Eifeltorauffahrt durch den angedachten Frischemarkt.

Was wir stattdessen brauchen ist ein direkter Anschluss der Brühler Landstraße an die A 4. Die A 4 ist im Bundesverkehrswegeplan für den acht-streifigen Ausbau vorgesehen. Damit gibt es die Möglichkeit, sofort die Standspuren mit zu nutzen. In dem Fall könnten wir eine Parallelfahrbahn für die Anschlüsse von Klettenberg über Eifeltor, Brühler Landstraße bis zum Kreuz Köln-Süd einrichten. Wenn die Traglast der Rodenkirchener Brücke und ihr Sanierungszustand das zulässt, könnte auch der folgende Abschnitt von Köln-Süd bis Köln-Heumar auf acht Streifen ausgebaut werden. Die Brücke selbst ist breit genug.

Wenn dann noch Brühl-Nord und Godorf zu ordentlichen Autobahnkreuzen ausgebaut und in Köln-Süd die erforderlichen Überflieger eingebaut sind, ist das Schlimmste erst mal behoben. Ganz ohne mit dem BUND oder Bürgerinitiativen über Straßenneubauten in den Nahkampf zu müssen.

Selbstverständlich ist aber auch erforderlich, die geplante Stadtbahn über Rondorf bis Meschenich zu bauen, bevor das neue Baugebiet überhaupt angegangen wird.

Neben den Maßnahmen zum Kölner Knoten (auf unserem Gebiet sind das das Überwerfungsbauwerk in Kalscheuren und der nachfolgende Ausbau für den S-Bahn-Betrieb Köln - Bonn und Köln - Euskirchen), ist vorrangig auch daran zu arbeiten, die Stadtbahn selbst als regionales Verkehrsmittel zu bespielen. Dazu sollte die Stadtbahn in das Aufgabenportfolio des Kreises kommen und dort wie der Regionalbus zur Hälfte über die Kreisumlage finanziert werden.

Ich bin heilfroh, dass sich der NVR der absolut verwaisten Aufgabe angenommen hat, die Schienen in der Region insgesamt unter einer planerischen Gesamtverantwortung anzugehen, also alle Schienen einschließlich der Güterschiene und der Privatbahnen - also auch der Nord-Süd-Bahn oder der Hambachbahn, die nach Ende der Kohle Teil der wichtigen Ost-West und Nord-Süd-Verbindungen sein könnten.

Intelligente Maßnahmen im Straßen- und Schienennetz, Ausbau der Stadtbahn und Aufbau eines Radschnellwegenetzes sind also die kurzfristig wirksamen Elemente einer Antwort auf den täglichen Verkehrsinfarkt. Flankiert werden könnte das durch eine Arbeitszeitpolitik, die die Leute vielleicht nur noch drei mal die Woche auf die Straße hetzt.

Innerorts ist es mit dem Radwegenetz allein aber noch nicht getan. Wir brauchen, wenn wir den Modal Split noch weiter zugunsten der Radnutzung verändern wollen, vor allem auch sichere Abstellmöglichkeiten; in den Wohnquartieren, an den Haltestellen der Stadtbahn, an den Bahnhöfen und in der Innenstadt. Daran arbeitet der Arbeitskreis.

Aber selbstverständlich sind nicht allein Auto, Bahn, Bus und Rad urbane Fortbewegungsmittel, sondern auch und ganz natürlich das gute alte Zu-Fuß-Gehen. Die Urbanität und Lebensqualität einer Stadt zeigt sich auch daran, wie gerne in ihr gelaufen wird. Daher verfolgen wir mit Nachdruck die Ansätze, Brühl begehbar, besitzbar, beispielbar, essbar zu machen. Wir wollen in der Stadt mehr Grün, ein zusammenhängendes und möglichst autoarmes Fuß-Wegenetz, Fitnessgeräte und Spielmöglichkeiten für Jung und Alt, und in den Grünanlagen Essbares nach dem Vorbild von Andernach.

Natürlich unterstützen wir dabei auch die Forderung nach barrierefreien Angeboten auf den Spielplätzen.

Ganz wichtig ist uns, Kinder bereits im Kita-Alter für Bewegung und Sport zu begeistern. Wir sichern das Projekt SpoKids gerne mit einer Bürgschaft ab. Wir sind aber überzeugt, dass hier das gesellschaftliche Engagement der Vereine selbst trägt und je 10 Cent je Monat und Mitglied zur Unterstützung der Mitgliedschaft von Kindern im Sportverein zur Verfügung stehen werden.

Mehr Grün und mehr Siedlungsbereiche - das passt auf Dauer nur eingeschränkt zusammen. Wir sind an die Grenzen des Ökoausgleichs im Stadtgebiet gekommen. Wir müssen uns mit der Ausweisung neuer Siedlungsflächen zurückhalten. Umgekehrt, wir müssen in den vorhandenen Siedlungsbereichen die Lebensqualität erhöhen.

Ein erster Ansatz soll mit dem Gutachten Quartiersparken angegangen werden. Parkplätze im öffentlichen Raum sind auch in den Quartieren Mangelware. Mehr Car-Sharing, weniger Tischtennisplatten in den Garagen, Verpflichtungen, die eigenen Fahrzeuge auf dem eigenen Grundstück unterzubringen, Quartiersgaragen, dies alles sind Eckpunkte einer entsprechenden gutachterlichen Beauftragung. Bevor hier irgendetwas umgesetzt wird, werden wir aber mit den Quartiersbewohnerinnen und -bewohnern das Gespräch suchen.

Wir sind der Verwaltung, dem Bürgermeister aber insbesondere auch der Beigeordneten äußerst dankbar für die kluge und angemessene Herangehensweise an das Thema Unterbringung der Flüchtlinge. Wir haben einvernehmliche Lösungen gefunden, die hoffentlich auch dann ausreichend sind, wenn wieder mehr Flüchtlinge nach Brühl kommen. Wir haben die Container in Brühl Ost und an der Willy-Brandt-Straße, den Brühler Hof hergerichtet.

Um gezielten Missverständnissen direkt entgegen zu wirken. Wir finden es als GRÜNE überhaupt nicht gut, dass so viele Menschen aus ihrer Heimat fliehen müssen. Viel lieber wäre uns, wenn sie in Frieden zu Hause leben könnten. Kein Mensch flieht allein aufgrund von Armut. Die Menschen, die sich auf den Weg machen, sind an Laib und Leben bedroht. Wir sind aufgrund der Genfer Flüchtlingskonvention, aufgrund des Grundgesetzes und unserer besonderen deutschen Geschichte, gehalten, mit den Flüchtlingen anständig umzugehen.

Brühl wäre nicht Brühl, wenn wir nicht mit der Initiative für Völkerverständigung eine jahrelang bewährte bürgerschaftliche Einrichtung hätten, die die ehrenamtliche Arbeit mit den Flüchtlingen trägt, Kleiderbörsen und Begegnungen organisiert. Ich freue mich persönlich auch, dass mit Karin Tieke eine ehemalige grüne Mitstreiterin und Ratskollegin hier ein Arbeitsfeld gefunden hat, das viel besser zu ihr passt als öde Parteiarbeit.

Aber es sind natürlich nicht nur Flüchtlinge, die das Leben in Brühl bunter und vielfältiger machen. So wie meine Vorfahren irgendwann aus dem Polnischen ins Ruhrgebiet gewandert sind, sind später Bayern nach Badorf und Pingsdorf gezogen, um in der Braunkohle neue Jobs zu finden, gefolgt von Italienern, die bei Ford Arbeit fanden und von Türken, die ebenfalls als Gastarbeiter den Wirtschaftsaufschwung Westdeutschlands erst möglich machten. Auch die Pingsdorfer Keramik ist nicht allein für Brühler Bedarfe hergestellt worden, sondern zeugt auch von der langen Geschichte des letztlich weltweiten Austauschs der Menschen.

Abschottungsvorstellungen, die heute wieder von unverbesserlichen Nationalpopulisten propagiert werden, führen zu Dekadenz und wirtschaftlichem Niedergang. Austausch, europäische Orientierung und globale Verantwortung sind Merkmale einer vernünftigen Stadtpolitik.

Der einwandernde Islam wird sich im Rahmen unserer demokratischen Grundordnung einen eigenen und integrierten Platz schaffen können. Ein wunderbares Beispiel für die integrative Arbeit, die hier entwickelt werden kann, ist der Verein Kahramanlar, die kleinen Helden. Der Verein arbeitet grundsätzlich in deutscher Sprache mit Migranten auf vielfältigen Gebieten, es gibt Saz- und Gitarrenkurse, Aerobic- und Tanzkurse, Kampfsportausbildung und so weiter. Manchmal fällt es Ratsmitgliedern insbesondere auch unseres Koalitionspartners schwer, hier zu angemessenen Entscheidungen zu kommen. Doch am Ende konnten wir hier den benötigten Platz für das Sportzentrums des Vereins einstimmig frei geben.

Eine weitere Herausforderung für die Brühler Stadtgesellschaft wird möglicherweise die ebenfalls in Brühl-Ost entstehende Moschee. Wir hoffen, dass die Moschee ein genauso selbstverständliches Gotteshaus wird, wie unsere evangelischen, katholischen und griechisch-orthodoxen Kirchen. Westliche Demokratien leben auch von der Selbstverständlichkeit der Religionsfreiheit. Der Staat schreibt Religion nicht vor, sorgt aber für die freie Ausübung der Religion.

Für die weitere Entwicklung in Brühl-Ost sind einige grundlegende Entscheidungen gefallen, andere stehen gerade aus. Wohngebietsverträgliches Gewerbe entsteht ebenso wie auf dem ehemaligen Schlachthofgelände neue Wohnungen. Es wäre gut, wenn die Wohngebiete um die Elisabethstraße und die im Zuckerfabrikgelände als Stadtteil zusammen finden könnten. Dazu sollte der Durchgangsverkehr aus der Bergerstraße heraus. Auf die Gießlererben hinsichtlich des Grundstückstauschs für die Verlegung der K 7 zu warten, finde ich langweilig. Es gibt kurzfristigere Möglichkeiten, die wir einmal im Verkehrsausschuss besprechen sollten.

In letzter Zeit haben wir nicht mehr viel vom Phantasialand gehört. Das könnte sich mit der anstehenden Landtagswahl ändern. Zumindest einmal will ich an dieser Stelle erwähnen, dass wir durch koordiniertes Vorgehen auf den verschiedenen Politikebenen das zentrale Anliegen der Bürgerinitiative 50.000 Bäume erfüllen konnten. Das Phantasialand verfolgt den Ansatz nicht weiter, im Wald Richtung Erftstadt einen Center-Park ähnlichen Ferienpark anzulegen. Dass es über die Bewertung der Zulässigkeit, das Naturschutzdreieck für die Erweiterung des Phantasialandes zu nutzen, unterschiedliche Auffassungen gibt, ist sicher nachvollziehbar. Letztendlich wird es durch Gerichte überprüft werden müssen, ob die Aufhebung von Naturschutzgebieten für die Belange privater Unternehmen zulässig ist. Hier sind die Naturschutzverbände gefordert, nicht eine Fraktion im Brühler Stadtrat. Wir unsererseits stimmen weiterhin und verlässlich gegen die Planungen. Wir können aber nicht versprechen, dass wir hier im Rat nicht überstimmt werden. In jeder Koalition gibt es Bereiche, die vom Kooperationszwang ausgeschlossen werden.

Hinsichtlich des absolut erforderlichen Ausstiegs aus der Braunkohleverbrennung stehen wir relativ allein auf weiter Flur. Das ist aber in Brühl kein Thema, jedenfalls keines der Energiegewinnung, sondern bestenfalls der Erinnerungskultur.

Es wäre schön, wenn nicht nur wenige Experten und Heimatforscher wüssten, dass die Wiege der Braunkohle im Brühler Phantasialand steht. Dass hier mit der Berggeistzentrale die regionale Stromversorgung erfunden wurde, dass von hier mittels einer Seilbahn die Zuckerfabrik mit Brennstoff beliefert wurde.

So ist es vielleicht ein netter Witz der Geschichte, dass wir ausgerechnet im Zuckerfabrikgelände Ende der 90er Jahre ein Blockheizkraftwerk gegen erhebliche Widerstände durchgesetzt haben und heute mit dem Blockheizkraftwerk gleich drei neue Wohngebiete mit Wärme versorgen werden.

[Die folgenden Schlussätze fehlten im Vortrag, weil sie bei den mit größerer Schrifttype gedruckten Redemanuskript verlegt waren.]

Eine der GRÜNEN Gründungsparolen war: Global denken, lokal handeln. Wie das ansatzweise geht, zeigen wir mit unserer Arbeit im Rat. Das passt längst nicht allen, denn wieder vermehrt geht es darum, national und individuell zu nutzen, was sich global an Vorteilen finden lässt.

Christliche Weihnacht habe ich persönlich immer eher befreiungstheologisch übersetzt. Erst wenn es allen gut geht, wird sich der Herr und Meister wohl fühlen auf seiner Erde.

Dennoch: Gute Tage Ihnen, Ihren Familien und allen Ihren Nachkommen.